Nr. 43. ■ ■ ■ 27. Jahrgang. Berlin, den 22. Oktober 1921.

# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,— Mk. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 2,— Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Für die Woche vom 23. bis 29. Oktober 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 44 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.**

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Eine Mitgliedervversammlung der Zahlstelle Aschersleben hat vom 15. d. Mts. ab den Ortsbeitrag für männliche Mitglieder auf 50 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 75 Pf. erhöht.

Die Zahlstelle Göppingen hat mit Wirkung ab 1. Oktober den Ortsbeitrag auf 1,— Mk. erhöht.

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stargard beschloß die Erhöhung des Ortsbeitrages auf 30 Pf. ab 1. Oktober.

In München wurde eine Erhöhung des Ortsbeitrages mit Wirkung ab 1. Oktober beschlossen, so daß dort der Lokalzuschlag für die 1. bis 3. Klasse 1,— Mk. und für die 4. Klasse 1,50 Mk. beträgt.

Die Zahlstelle Potsdam erhöht ihren Ortszuschlag von 30 Pf. auf 50 Pf. für alle Mitglieder.

Die Zahlstelle Darmstadt hat den Lokalbeitrag wie folgt festgesetzt: 2. Klasse 20 Pf., 3. Klasse 75 Pf., 1. Klasse 1,— Mk.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: E. Pucher, 1. Vors.

## Braucht der Verband höhere Beiträge?

So mag wohl manches unserer Mitglieder gefragt haben, als es die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes gelesen hatte, wonach die unterste Beitragsklasse in Wegfall kommt und eine weitere Klasse mit dem Satze von 4,— Mk. in unser Beitragssystem eingefügt wird. Jeder einzelne von uns empfindet täglich, wie sein Geld immer wertloser wird, wie es sich für ihn von Woche zu Woche schwieriger gestaltet, mit seinen Mitteln hauszuhalten und er gezwungen ist, zur Aufrechterhaltung seiner Existenz nach größeren Einkünften, d. h. nach höheren Löhnen zu streben. Genau so ist es aber mit unserer Organisation bestellt. Sie soll ihren Mitgliedern die Lebensmöglichkeit sichern und verbessern. Das kann sie nur, wenn sie kräftig und kampffähig ist, denn nicht nur der Streik, sondern unser ganzes gewerkschaftliches Leben ist ständiger Kampf. Auch wenn wir auf friedlichem Wege vorwärts kommen wollen, müssen wir das nötige Rüstzeug besitzen und wo Verhandlungen nicht ausreichen und dieses Rüstzeug in Form von Streikunterstützung in die Hände der Mitglieder gelangt, muß es so beschaffen sein, daß es seinen Zweck erfüllt. Darum war die Erhöhung der Streikunterstützung eine Notwendigkeit.

Während bisher die niedrigste Streikunterstützung 19,20 Mk. und die höchste 67,50 Mk. wöchentlich betrug, beginnt sie jetzt mit 36,— Mk. und endet mit 120,— Mk. Außerdem ist die Kinderunterstützung verdoppelt, so daß die Erhöhung für Streikende durchschnittlich 75 Prozent und für deren Kinder 100 Prozent beträgt. Für diese Stärkung der Widerstandskraft unserer Mitglieder mußten natürlich auch Mittel bereit stehen, denn den vorhandenen Reserven allein können sie nicht entnommen werden, um so weniger, als die Preissteigerungen ihre Wirkungen auf die Finanzen des Verbandes immer fühlbarer machen. Der Verband mußte sich weitere Einnahmen verschaffen und unterzog deshalb die Beitragssätze einer Revision. Ich sage Revision, weil man von einer eigentlichen Beitragserhöhung, unter der eine Erhöhung sämtlicher Beiträge zu verstehen ist, kaum sprechen kann, zumal das Weiterbestehen der untersten Beitragsklasse nur noch eine Frage kürzester Zeit war. Wir hatten nur noch wenige Mitglieder unter der 50,— Mk.-Lohngrenze, die nach den neuen Lohnerhöhungen überhaupt nicht mehr vorhanden sein werden. Es sind nur die Mitglieder mit mehr als 225,— Mark Wochenlohn, die jetzt den um 1,— Mk. erhöhten Beitrag zahlen sollen, was aber nur einem gerechten Ausgleich entspricht; denn es ist schon lange von Kolleginnen als ungerecht empfunden worden, daß sie bei unserem auf den Verdienst aufgebauten Beitragssystem denselben Beitrag mit 150,— Mk. Wochenlohn zu zahlen haben wie die Kollegen mit 250,— Mk.

Diese höhere Klasse paßt sich besser als bisher den Löhnen an, kann aber dem Verband nicht allzuviel bringen, weil nur ein Bruchteil der Mitglieder den höheren Beitrag zahlt, die Streikunterstützung aber für alle Mitglieder ganz bedeutend erhöht worden ist. Diese ganze Maßnahme des Verbandsvorstandes ist einer bestehenden Notlage entsprungen und kann für den Augenblick berechnet sein. Wären die Beiträge der Geldentwertung entsprechend erhöht worden, so genügte nicht das Vierfache des früheren Beitrages, sondern es wäre mindestens der 10- bis 15fache Betrag erforderlich, um zu dem Werte unseres früheren Beitrages zu gelangen. Zurzeit wird der Gedanke propagiert und eine Anzahl Verbände haben ihn in die Tat umgesetzt, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu erheben. Sicher wäre das die idealste Lösung der Beitragsfrage, weil dann die Beiträge stets in engster Beziehung zu dem Verdienst bleiben und mit diesem steigen und fallen würden. Die Verbände würden durch dieses System weniger Schwierigkeiten als bisher bei der Festsetzung der Beiträge haben und genau den Wochenbeiträgen entsprechend könnten die Unterstützungssätze ein Mehrfaches des Wochenbeitrages betragen, so daß sich jedes Mitglied ohne Schwierigkeit die Höhe seiner Bezüge berechnen kann. Das ist allerdings noch Zukunftsmusik, die aber hoffentlich den nächsten Verbandstag unterhalten wird.

Für uns hat die vorgenommene Regelung den Zweck, zunächst über die jetzige ernste Zeit hinwegzukommen und wenn der Verbandsvorstand für Viele etwas plötzlich mit seinen Maßnahmen gekommen sein sollte, so steht es aber auch fest, daß der Zeitpunkt einer allgemeinen Lohnerhöhung auch der geeignetste zur Vornahme einer Beitragsregelung ist. Wir sind uns klar darüber, daß die jetzigen Zulagen keine direkte Verbesserung der Lebenshaltung bedeuten, sondern nur hauptsächlich eine Verschlechterung abwehrt, die durch die fortwährend steigende Preisbewegung entstanden wäre. In demselben Sinne bedeutet auch die Beitragserhöhung keine höhere Einnahme, sondern nur einen Ausgleich von höheren Ausgaben, der aber unbedingt notwendig ist, wenn die Kampfkraft des Verbandes erhalten bleiben soll und da dies zweifellos das Wichtigste ist, können wir wohl bei der Kollegenschaft Verständnis für die Lage voraussetzen und die Maßnahmen des Verbandsvorstandes gutheißen. H. L.

## Die Entwicklung der Reallöhne

Von Prof. E. Lederer Heidelberg.

Die tiefgehenden Umwälzungen der europäischen Volkswirtschaften lösen naturgemäß fortgesetzte Kämpfe der einzelnen Klassen um die Verteilung des Produktionsertrages aus. In den europäischen Volkswirtschaften, zumal der besiegten Staaten, wird infolge der Nachwirkungen des Krieges noch immer weit mehr verbraucht, als erzeugt. In dieser Lage ergeben sich naturgemäß fortgesetzte Preissteigerungen, welche wiederum Veränderungen aller Einkommen zur Folge haben, diese Veränderungen vollziehen sich zuerst in den Einkommen der Unternehmer, welche sich zunächst bei steigenden Warenpreisen erhöhen. Nur allmählich rücken dann die Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten nach. In der Oeffentlichkeit wird diese Steigerung der Arbeitseinkommen viel stärker beachtet, als die vorangegangenen Erhöhungen der Preise. Es ist nun ein Lebensinteresse der Arbeiterschaft, festzustellen, in welchem Tempo die Warenpreise auf der einen Seite, die Löhne auf der andern Seite sich entwickeln. Eine Feststellung, welche aus vielen Gründen, vor allem weil wir keine zuverlässige Preis- und Lohnstatistik haben, nur mangelhaft möglich ist.

Solche Untersuchungen sind in der Tat auch für Deutschland in größerem Umfange erst in den letzten Jahren üblich geworden und es wird in diesen meistens Preisstand und Lebenshaltung des Jahres 1913 mit der Entwicklung seit Kriegsbeginn verglichen. Nun hat sich in dieser Zeit nur eine Entwicklung fortgesetzt, welche sich schon viele Jahre vorher anbahnte. Der Beweis hierfür wird für das amerikanische Wirtschaftsgebiet auf Grund eines sehr genau erforschten und nach vollkommenen Methoden aufgearbeiteten statistischen Materials in einer interessanten Abhandlung der Zeitschrift „The American Economic Review" vom September dieses Jahres „Ueber die Bewegung der Reallöhne 1890—1918" geführt, welche von Douglas und Lamberson stammt.

Die Ergebnisse dieser genauen Untersuchung sind auch für die deutsche Arbeiterschaft sehr wichtig, weil sich zeigt, daß sich schon lange vor dem Kriege in einem Wirtschaftsgebiet, dessen Quellen reichlich flossen, das sehr entwicklungsfähig war und sich auch rasch entwickelte, trotz allseits anerkannter hoher Arbeitsleistung und wachsender Ergiebigkeit der nationalen Produktion, der Reallohn nicht mehr steigerte, sondern sogar zurückging.

Die entscheidenden Ergebnisse der erwähnten Abhandlung besagen folgendes: wenn wir den Zeitabschnitt seit dem Jahre 1890 bis zum Kriegsbeginn betrachten, so können wir feststellen, daß sich im Durchschnitt die Anzahl der Arbeitsstunden um ungefähr zehn Prozent vermindert hat. In dieser Zeit sind die Stundenlöhne zugleich um nahezu 50 Prozent gesteigert, aber es haben sich die Preise um 56 Prozent gesteigert; infolge der erwähnten Verringerung der täglichen Arbeitszeit ist die Kaufkraft des durchschnittlichen Tagelohnes rascher, nämlich um ungefähr 13 Prozent gesunken. Diese Senkung vollzog sich in wenigen Jahren, nämlich seit dem Jahre 1907, bis zu welchem Zeitpunkte — von 1890 ab gerechnet — die Verhältnisse ziemlich unverändert geblieben waren.

Die Tabellen der amerikanischen Abhandlung gestatten noch weiter die Entwicklung bis zum Jahre 1918, also bis zum Kriegsende zu verfolgen. In dieser Zeit ist die Länge des Arbeitstages fast unverändert geblieben, hingegen hat sich die Kaufkraft der Löhne (was sich aus dem Vergleich der Lohnhöhe und der Preisbewegung ergibt) um weitere 20 Prozent verringert.

Wenn wir diese Daten betrachten, können wir also folgendes feststellen:

1. Es hat sich schon vor dem Kriege die Kaufkraft des Lohnes der amerikanischen Arbeiterschaft erheblich vermindert. Es ist zwar auch die Arbeitszeit etwas gesunken, aber wir dürfen annehmen, daß demgemäß die Leistung des Arbeiters in der kürzeren Arbeitszeit entsprechend angestiegen ist. Die Daten zeigen also, was ja auch die Theorie bestätigt, daß die Zeit guter Konjunktur, welche ja im Jahre 1905—1906 einsetzte, für die großen Massen stets Einschränkung des Konsums mit sich bringt, weil die Preise rascher steigen, als die Löhne. Es scheint auch, daß die wachsende Bedeutung industrieller Monopole und die Schwäche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung auf dem Arbeitsmarkt, diese Bewegung unterstützt bzw. erst ermöglicht hat.

2. Seit Kriegsbeginn ist naturgemäß bei steigenden Geldlöhnen eine weitere Senkung der Kaufkraft erfolgt. Die Ziffern zeigen, daß die amerikanische Arbeiterschaft in hohem Maße die Beteiligung am Kriege mit einer Verschlechterung der Lebenshaltung bezahlen mußte. Stiegen doch die Löhne von 1916 bis 1918 nur um 30 Prozent, während der Preisindex in diesen Jahren um 50 Prozent hinaufschnellte. Allerdings waren demgemäß die Einschränkungen, denen sich der amerikanische Arbeiter unterwerfen mußte, weit geringer als die Entbehrungen des europäischen Proletariats, aber man kann nicht sagen, daß sie ganz bedeutungslos waren. Die angegebenen Ziffern sind naturgemäß Durchschnittsziffern und die Ergebnisse in den einzelnen Staaten und Industrien weichen zum Teil davon ab. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß — wie auch die Autoren am Schlusse ihrer Abhandlung betonen — die Kaufkraft der Löhne um 20—30 Prozent geringer war, als in den neunziger Jahren, und um 10 bis 20 Prozent geringer als im Jahre 1915. Es kann also, wie weiter gesagt wird, nicht behauptet werden, daß die amerikanische Arbeit als Ganzes vom Krieg einen Gewinn gehabt hat. Vielmehr: die Arbeiterschaft war gezwungen, ständig ihr Geldeinkommen zu steigern, um nur ihren Platz zu behaupten, was ihr, wie wir gesehen haben, nicht einmal gelang.

Wenn wir die Anwendungen aus dieser eingehenden wissenschaftlichen Darstellung ziehen, so werden sie im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die Verringerung der Kaufkraft in Europa sicher noch bedeutend erheblicher war, insbesondere kann man sagen, daß die Anpassung des Lohnes an das gestiegene Preisniveau um so schwieriger ist, je rascher die Preise steigen. Insbesondere trifft das auf Preissteigerungen zu, welche aus einer Entwertung der Währung folgen. In diesem Fall nämlich steigen die Preise für die importierten Rohstoffe, ebenso die Preise für die Exportwaren, endlich auch die Preise für zahlreiche Inlandsprodukte, die zugleich auf dem Weltmarkt gehandelt werden, gleichlaufend mit der Geldentwertung rasch an, während die Löhne immer erhebliche Zeit brauchen, um nachzurücken.

Infolgedessen ist die Arbeit heute dasjenige Produktionselement, welches am meisten von seinem Goldwert entfernt ist. Wir werden in der Annahme nicht fehlgehen, daß die weitaus bessere Organisation der Produzenten, ihre leichte Verständigung in den Kartellen und schließlich die Wirksamkeit der Handelsbewegungen auf dem Weltmarkte die Ursache für das rasche Ansteigen der Preise auch auf dem Inlandsmarkt ist, während es ja heute einen Weltmarkt für die Arbeit, infolge der Hemmungen für die Auswanderung, nicht gibt. Die Arbeitskraft ist also heute die einzige Ware, für welche sich der Goldwert, die Anpassung an den Weltmarktpreis, nicht automatisch herstellt. Um so wichtiger wird für die Preisbestimmung der Arbeitskraft die Gewerkschaftsbewegung — heute die einzige wirtschaftliche Kraft, welche, wenn auch im langsameren Tempo, dafür sorgt, daß auch die Arbeitskraft wieder ein „Goldwert" wird.

## Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

**Crimmitschau.**

Durch längere Verhandlungen sind folgende Zulagen für Steindruckerei Hilfsarbeiter festgelegt worden:

| | ab 1.9.21 | ab 16.10.21 | ab 1.12.21 |
|---|---|---|---|
| **Männliche Hilfsarbeiter:** | | | |
| Steinschleifer über 24 Jahre | 40,— | 17,— | 17,— |
| unter 24 Jahre | 30,— | 17,— | 17,— |
| Hilfsarbeiter über 24 Jahre | 40,— | 17,— | 17,— |
| von 21—24 Jahren | 30,— | 12,— | 11,50 |
| von 19—21 Jahren | 30,— | 14,50 | 14,50 |
| von 17—19 Jahren | 30,— | 14,— | 13,50 |
| von 15—17 Jahren | 25,— | 10,— | 9,50 |
| unter 15 Jahren | 10,— | 5,— | 5,— |
| **Weibliche Hilfsarbeiter:** | | | |
| Großformat Anlegerinnen | 20,— | 12,50 | 12,50 |
| Kleinformat Anlegerinnen | 22,— | 13,— | 12,50 |
| Anlegerinnen über 20 Jahre | 20,— | 13,50 | 13,— |
| über 18 Jahre | 20,— | 12,50 | 12,— |
| über 16 Jahre | 15,— | 11,— | 11,— |
| unter 16 Jahre | 15,— | 6,50 | 6,— |
| **Sonstige Hilfsarbeiterinnen:** | | | |
| Arbeiterinnen über 22 Jahre | 20,— | 12,50 | 12,— |
| über 20 Jahre | 20,— | 12,50 | 12,— |
| über 18 Jahre | 20,— | 12,50 | 12,— |
| über 16 Jahre | 15,— | 8,50 | 8,50 |
| über 14 Jahre | 10,— | 9,— | 8,50 |

**Herford.**

Durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und unserer Zahlstellenleitung, die durch den Kollegen Sparkuhl Hannover vertreten war, ist folgendes vereinbart worden: Die im Lohnabkommen vom 12. August 1921 festgesetzten Löhne werden wie folgt geändert:

Für männliches Personal im Alter von 14—15 Jahren 85,— Mk., von 15—16 Jahren 105,— Mk., von 16—18 Jahren 155,— Mk., 18—20 Jahren 182,— Mk. Für Ledige im Alter von 20—24 Jahren 225,— Mk., über 24 Jahre 260,— Mk.

Für Verheiratete im Alter von 20—24 Jahren 275,— Mk., über 24 Jahre 311,— Mk.

Für weibliches Personal im Alter von 14—15 Jahren 80,— Mk., von 15—16 Jahren 95,— Mk., von 16—18 Jahren 130,— Mk., von 18—20 Jahren 160,— Mark, von 20—21 Jahren 175,— Mk., über 21 Jahre 185,— Mk.

Geübte Anlegerinnen sowie geübte Maschinenarbeiterinnen an Tüten- und Beutel-Maschinen erhalten eine Sonderzulage von 7,50 Mk. pro Woche. Rotations-, Stereotypie- und Gießerei-Arbeiter erhalten 7,50 Mk. pro Woche mehr.

Dieses Lohnabkommen gilt ab 15. Oktober 1921 und kann erstmalig am 15. November 1921 auf den 1. Dezember 1921 gekündigt werden.

**Nürnberg-Fürth.**

Durch Verhandlungen mit dem Schutzverband ist vereinbart, daß die für den 1. Dezember festgelegten Zulagen bereits ab 16. Oktober zu gelten haben. Es erhalten demnach ab 16. Oktober alle männlichen Hilfsarbeiter 20 Mk., Anlegerinnen, Fangerinnen, Makulaturzieherinnen und alle Goldauflegerinnen 14 Mk., die sonstigen Hilfsarbeiterinnen und Jugendliche unter 16 Jahren 10 Mk. pro Woche mehr auf die jetzigen Löhne. Um diese Beträge erhöht sich auch der Mindestlohn. Mitte November finden neue Verhandlungen statt.

## Aus unseren Zahlstellen

**Augsburg.** Am 2. Oktober nahm eine gut besuchte Versammlung Stellung zu den Tarifausschußverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Unser Gauleiter Kollege Lehmeier erstattete einen ausführlichen Bericht hierüber und in der anschließenden Diskussion wurde das Ergebnis als befriedigend anerkannt, obwohl ja auch diese Zulagen gegenüber den wahnsinnigen Preissteigerungen eine Besserstellung resp. Ausgleich für die graphische Arbeiterschaft nicht bedeutet! Kollege Barth berichtete sodann über den örtlichen Abschluß mit der Prinzipalsorganisation. Von Bedeutung ist, daß in diesem Abkommen für alle gemischten Betriebe auch die Ausgeher und Laufburschen den Bestimmungen des Reichstarifes unterstehen und auch die Löhne für die Jugendlichen mit geregelt sind. Somit bestehen hier nunmehr 2 Hausverträge in reinen Steindruckereien. Auf Grund des letzten zentralen Abschlusses der Gehilfen erhält unsere dortige Kollegenschaft von den Gehilfensätzen 40 resp. 85 Prozent. Außer diesen Zulagen wurden noch durch besondere Verhandlungen mit der Firma F. Burger für einen Teil Qualitätszulagen und bei den Etikettenstanzern eine Erhöhung der Akkordsätze erreicht. Zur Frage der Beitragserhöhung wurde allgemein die Notwendigkeit anerkannt, daß zur rechten Zeit unsere Finanzen in Ordnung gebracht resp. Reserven angesammelt werden, um unsere Forderungen nachdrücklicher als bisher noch vertreten zu können. Die Kolleginnen der Firma Himmer beantragten noch, daß die Ortszuschläge in der 3. und 4. Klasse von 50 Pf. auf 1 Mk. erhöht werden und die Versammlung stimmte der vorgeschlagenen Beitragserhöhung zu.

**Braunschweig.** Mitgliederversammlung am 28. September. Der Vorsitzende berichtete in längeren Ausführungen über die Lohnverhandlungen in Berlin und vor dem Reichsarbeitsministerium. Festgestellt werden müsse, daß die erreichten Zulagen selbstverständlich das noch nicht gebracht haben, was unsere Kollegen und Kolleginnen zum Lebensunterhalt unbedingt gebrauchen. Von der Verbandsleitung muß dahin gestrebt werden, daß die Spannung zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter sich verringert. Darauf nahmen die anwesenden Mitglieder den Bericht vom Gautag entgegen. Zur Beitragserhöhung wurde ebenfalls Stellung genommen. Die Versammelten äußerten sich im zustimmenden Sinne. Der Gauleiter soll beauftragt werden, ebenfalls Forderungen für die Kollegen und Kolleginnen im Steindruck einzureichen. Zur Feststellung der Lohnsätze in den einzelnen Betrieben will die Ortsverwaltung eine entsprechende Uebersicht ausarbeiten. Die Vertrauensleute der Druckereien werden daher ersucht, die wirklich verdienten Löhne in ihren Betrieben dem Vorstand bekannt zu geben. Eine längere Aussprache verursachten die Verhältnisse in der Genossenschaftsdruckerei. Die Geschäftspraktiken des dortigen Geschäftsführers haben die Versammlung schon des öfteren beschäftigt. Ein Vorfall der letzten Tage gab dem Kollegen Sparenberg erneut Anlaß zur Kritik. Auf Veranlassung des Geschäftsführers wurde die in der Genossenschaftsdruckerei übliche 43½ stündige Arbeitszeit auf die 48stündige erhöht, da sonst nach den Auslassungen des Geschäftsleiters der Betrieb die neuen Zulagen nicht tragen kann. Die Mitglieder nahmen mit Entrüstung von dieser Maßnahme der Geschäftsleitung Kenntnis und beschlossen, ihre Drucksachen in solchen Betrieben nicht mehr in Auftrag zu geben, in denen die Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals effektiv verschlechtert werden.

**Köln.** Mitgliederversammlung am 7. Oktober. Kollege Schaeffer berichtete über das Ergebnis der Verhandlungen im Tarifausschuß. Er gab einen kurzen Rückblick über die ganze Lohnbewegung seit dem Kölner Buchdruckerstreik. Ferner berichtet er über die am 3. bis 4. Oktober stattgefundene Kreisamtssitzung. Auch dort wäre es sehr schwer gewesen, etwas heraus zu holen, da die Prinzipale mit der Absicht gekommen waren, die Sonderzulage abzubauen. Trotzdem sei es den Gehilfen gelungen, 80 Mk. für Klasse C, verheiratete Gehilfen, und für Ledige 70 Mk. zu erreichen. Ihm wäre es dann nach längerer Verhandlung möglich gewesen, wenigstens für die über 24 Jahre alten verheirateten Kollegen in Köln die 100 Prozent zu erlangen. Ein Antrag seinerseits, die den Gehilfen bewilligte Zulage auch den Hilfsarbeitern über 24 Jahre in voller Höhe in allen Orten des Kreises II zu gewähren, hatte die Prinzipalität einstimmig abgelehnt. Am Schlusse seiner Ausführungen empfahl er die Annahme dieses Abkommens. In der darauf folgenden Diskussion besprach Kollege Bergmann die beiden Abkommen. Er glaubte, sie als Erfolg betrachten zu müssen. Bei der Abstimmung des Berliner Abkommens kam es zur Annahme gegen zwei Stimmen. Das Sonderabkommen für den Kreis II wurde einstimmig angenommen. Alsdann machte Kollege Schaeffer bekannt, daß der Hauptvorstand beschlossen habe, die Beiträge zu erhöhen. Kollege Kratz war dafür, daß die Beiträge erhöht würden, aber er müsse dem Hauptvorstand den Vorwurf machen, nächstens nicht solche wichtigen Entschlüsse ohne vorherige Bekanntmachung anzuzeigen. Da für die Jugendlichen örtliche Vereinbarungen getroffen werden sollen, wurde eine Kommission aus den Kollegen Kratz, Kiel und Schaeffer und der Kollegin Neiß gebildet.

**Oldenburg.** In einer Mitgliederversammlung am 29. September kam es zur einstimmigen Annahme einer Entschließung, in der gegen das Abkommen protestiert wird. Da Oldenburg eine der teuersten Städte und die Existenz der Hilfsarbeiter durch diese Abmachungen durchaus nicht gesichert ist, werden die Vertreter im Tarifausschuß ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken daß in kürzester Zeit neue Verhandlungen stattfinden müssen. Wenn trotzdem diesen Abmachungen zugestimmt wird, geschieht das in der Annahme, daß die Vertreter des Hilfspersonals im Tarifausschuß in Zukunft mit aller Schärfe den Wegfall der prozentualen Staffelungen zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern bei den Teuerungszulagen bringen.

**Rostock.** Die Versammlung am 28. September hat nach Ausführungen ihres Vorsitzenden Kollegen Münzer dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium mit großer Mehrheit zugestimmt.

## Schutz vor ansteckenden Krankheiten in Haus und Beruf

Von Dr. G. Wolff.

Die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten ist eine Hauptaufgabe der modernen Hygiene geworden. Seit Louis Pasteurs und Robert Kochs bahnbrechenden Arbeiten weiß man, daß Kleinlebewesen pflanzlicher und tierischer Art, die als Bazillen und Protozoen gekennzeichneten Mikroorganismen, die ansteckenden Krankheiten verbreiten. Typhus und Cholera, Diphtherie und Masern, Malaria und Fleckfieber werden durch solche Mikroorganismen verursacht, wenn es der rastlos arbeitenden Forschung auch nicht immer gelungen ist, den „Krankheitserreger" für alle Arten der übertragbaren Krankheiten aufzufinden. Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten ist infolgedessen zum großen Teil ein Kampf gegen die Bazillen geworden, auch da, wo wir die Natur des einzelnen Bazillus noch nicht genau kennen. Ein Beispiel dafür liefern uns die Pocken, jene scheußliche Infektionskrankheit, der in früheren Jahrhunderten viele Hunderttausende von Menschen jährlich erlagen, der noch im Anschluß an den Krieg von 1870/71 auch in Deutschland mehr als 100 000 Menschen zum Opfer fielen, das Dreifache dessen, was der damalige Krieg, eine Spielerei gegen den jetzt beendeten Weltkrieg, an blutigen Todesopfern gefordert hatte!

Den Erreger der schwarzen Pocken kennen wir noch heute nicht; trotzdem haben wir in der Schutzpockenimpfung das souveräne Mittel, der Krankheit Herr zu werden. Die Impfung hält etwa zehn bis zwölf Jahre vor: dann erlischt der Impfschutz wieder und kann durch eine neue Impfung leicht vervollständigt werden. Die Wirksamkeit der Schutzimpfung hat sich gerade während des Weltkrieges bewährt, wo unsere Truppen vollständig von Pocken verschont geblieben sind, obwohl sie im Osten und Südosten dauernd mit pockenverseuchter Bevölkerung zu tun hatten. Erkrankt sind seit dem Jahre 1916 in Deutschland nur eine Reihe von vorwiegend älteren Leuten, die seit langem nicht geimpft waren und infolgedessen keinen genügenden Schutz mehr gegen das Pockengift besaßen.

Nach dem Vorbild der Pockenschutzimpfung hat man während des Krieges zwei andere Schutzimpfungen in großem Maßstabe durchgeführt, die Typhus- und Choleraschutzimpfung. Entsprechend der Erfahrung aus früheren Kriegen, wonach diese Darmkrankheiten ebenso wie die Ruhr gewaltig unter den dicht beieinander wohnenden und der Friedenshygiene entbehrenden Soldaten um sich zu greifen pflegen, sollte versucht werden, diese Infektionskrankheiten durch Schutzimpfungen ihrer Schrecken zu berauben. Es besteht kein Zweifel, daß auch hier die Impfungen großen Erfolg gehabt haben. Diese Kriegsseuchen hätten einen viel gewaltigeren Umfang in unsern und den feindlichen Heeren genommen, wenn nicht überall die Schutzimpfungen durchgeführt worden wären. Der Ausbruch der Krankheiten konnte zwar nicht immer verhindert werden; in den meisten Fällen verliefen aber Typhus und Cholera bei geimpften Soldaten viel leichter als bei nicht geimpften.

Durch die Schutzimpfungen wollen wir versuchen, den Menschen immun, d. h. unempfindlich gegen eine spätere Infektion zu machen; zu diesem Zweck führen wir ihm das Krankheitsgift in abgeschwächter Form zu, machen ihn also in unschädlicher Weise leichtkrank (wie etwa bei der Pockenimpfung) und veranlassen ihn dadurch, in seinem Organismus Abwehrstoffe in reichlicher Menge zu bilden, die ihn vor späterer Erkrankung schützen, selbst wenn das Krankheitsgift immer wieder an ihn herantreten kann. Dieses Mittel, den Kampf mit den Bazillen aufzunehmen, läßt sich leider nicht überall durchführen. Man ist nicht immer in der Lage, das Krankheitsgift so abzuschwächen, daß seine Einverleibung keine Gefahr für den Menschen bedeutet. Teils kennen wir das Krankheitsgift nicht genau, wie etwa beim Scharlach, können es nicht in Reinkultur züchten, teils haben wir nicht die Macht, die Bazillen, die wir kennen, in ihrer Giftigkeit so abzuschwächen, daß wir es wagen dürften, daraus einen wirksamen und doch harmlosen Impfstoff zu gewinnen. Das ist der Fall zum Beispiel bei der Tuberkulose, der Diphtherie, dem Wundstarrkrampf. Die diese Krankheiten verursachenden Bazillen können wir nicht so abschwächen, daß wir damit eine ungefährliche Krankheit zum Schutz gegen spätere Infektionen hervorrufen können.

Da die Bazillen selbst zu giftig waren, hat man nun versucht, Tiere mit ihnen oder dem von ihnen gebildeten Gift zu immunisieren und auf diese Weise Heilsera zu gewinnen, die in großer Menge Abwehrstoffe gegen die Bazillen enthalten. Das ist in mühevoller Arbeit Behring für die Diphtherie und den Wundstarrkampf gelungen. Die mit dem Gift der Diphtherie- und Starrkrampfbazillen vorbehandelten Pferde liefern das berühmte Heilserum oder, genauer ausgedrückt, das Diphtherie- oder Starrkrampf-Antitoxin (Toxin gleich Gift, Antitoxin gleich Gegengift), das seinen Siegeszug über die ganze Erde genommen hat. Die erkrankten Menschen, die mit diesem Serum behandelt werden, brauchen infolgedessen die Gegengifte nicht selbst zu bilden, sondern bekommen sie schon fertig zugeführt; sie werden passiv immunisiert im Gegensatz zu den Schutzgeimpften, die selbsttätig, also aktiv in ihrem Körper die Abwehrstoffe bilden müssen. Die Schutzimpfung (Pocken, Typhus, Cholera) hat also vorbeugenden Wert, sie dient der Verhinderung, der Prophylaxe der Krankheit, während die Einverleibung des Heilserums im wesentlichen da in Frage kommt, wo es gilt, einen durch das Bazillengift bereits Erkrankten zu retten.

Das Ideal der Hygiene muß natürlich die Krankheitsverhütung sein, sie ist viel wirksamer als die Behandlung der einmal ausgebrochenen Krankheit. In den meisten Fällen wird der Körper mit den Bazillen, die als Schmarotzer in seine Säfte und Gewebe eingedrungen sind, fertig, besonders wenn er durch stärkende Maßnahmen anderer Art, reichliche Ernäh

## Rundschau

**Der Ausstand der graphischen Arbeiter in Hamburg** ist mit der vergangenen Woche zu Ende gegangen. Das Resultat der Einigungsverhandlungen am 14. Oktober wurde von den Versammlungen der Ausständigen am 15. angenommen. Von den Buchdruckern stimmten 1536 dafür, 538 dagegen. Das Stimmenverhältnis bei den Hilfsarbeitern betrug 698 gegen 155 und bei den Buchbindern 400 gegen 51. Am Montag wurde die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen: Hamburg ist in der Entlohnung mit Berlin gleichgestellt, außerdem wird eine Wirtschaftsbeihilfe gewährt, die in drei Raten zahlbar ist und bei den Kollegen 210 Mk., bei den Kolleginnen 180 Mk. beträgt.

**Sonderzulagen des Hilfspersonals im besetzten Gebiet.** Die Verhandlungen vor dem Kreisamt haben nachstehendes Ergebnis gezeitigt. In Betracht kommen alle Orte des besetzten Gebietes und die Orte der rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiete, wie sie bereits durch die früheren Sonderzulagen bekannt sind.

Orte mit 0—2½ Proz. Lokalzuschlag:

| | Männliche | | Weibliche | |
|---|---|---|---|---|
| | Verheirat. | Ledige | Anlegerinnen über 17 Jahre | Hilfsarb. über 17 Jahre |
| Ueber 24 Jahre . | 25,50 | 17,— | 16,50 | 15,— |
| 21 bis 24 Jahre . | 24,— | 16,— | | |
| 19 bis 21 Jahre . | 22,50 | 15,— | | |
| 17 bis 19 Jahre . | 21,— | 14,— | | |
| Mit 5—7½ Proz.: | | | | |
| Ueber 24 Jahre . | 34,— | 25,50 | 22,— | 20,— |
| 21 bis 24 Jahre . | 32,— | 24,— | | |
| 19 bis 21 Jahre . | 30,— | 22,50 | | |
| 17 bis 19 Jahre . | 28,— | 21,— | | |
| Mit 10—15 Proz.: | | | | |
| Ueber 24 Jahre . | 46,75 | 38,25 | 30,25 | 27,50 |
| 21 bis 24 Jahre . | 44,— | 36,— | | |
| 19 bis 21 Jahre . | 41,25 | 33,75 | | |
| 17 bis 19 Jahre . | 38,50 | 31,50 | | |
| Mit 17½ Proz.: | | | | |
| Ueber 24 Jahre . | 59,50 | 51,— | 38,50 | 35,— |
| 21 bis 24 Jahre . | 56,— | 48,— | | |
| 19 bis 21 Jahre . | 52,50 | 45,— | | |
| 17 bis 19 Jahre . | 49,— | 42,— | | |
| Mit 20—25 Proz.: | | | | |
| Ueber 24 Jahre . | 63,75 | 55,25 | 41,25 | 37,50 |
| 21 bis 24 Jahre . | 60,— | 52,— | | |
| 19 bis 21 Jahre . | 56,25 | 48,75 | | |
| 17 bis 19 Jahre . | 52,50 | 45,50 | | |
| Bielefeld, Münster, Gummersbach, Arnsberg: | | | | |
| Ueber 24 Jahre . | 21,25 | 12,75 | 13,75 | 12,50 |
| 21 bis 24 Jahre . | 20,— | 12,— | | |
| 19 bis 21 Jahre . | 18,75 | 11,25 | | |
| 17 bis 19 Jahre . | 17,50 | 10,50 | | |

In Köln a. Rh. erhalten verheiratete männliche Hilfsarbeiter über 24 Jahre 80,— Mk.

Lernende erhalten den prozentualen Anteil.

Diese Sätze haben Gültigkeit bis 31. Dezember 1921. Sollte vor dem 31. Dezember d. Js. der Tarifausschuß höhere Löhne beschließen, so wird derjenige Betrag, der zwischen der bisherigen und der neuen Sonderzulage liegt, in Anrechnung gebracht.

Die neuen Reichstarifsätze sind veröffentlicht in Nr. 40 der „Solidarität". Ab 15. November erhöht sich der Gesamtlohn um die in derselben Nummer veröffentlichten Beträge. Bei Berechnung von Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit erfolgt dieselbe vom Gesamtlohn einschließlich Sonderzulage. Bisher über Minimum gezahlte Beträge müssen auch weiterhin gewährt werden.

**Die Lohnbewegung der Etuis- und Kartonnagenarbeiter** ist mit dem in der letzten Augustwoche getroffenen Abkommen noch nicht zu Ende geführt worden. Die vorgesehene Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung der neuen Zulagen hat inzwischen stattgefunden. Mit rund 15 000 gegen noch nicht 3000 Stimmen wurde das Ergebnis abgelehnt. Dadurch wurden neue Verhandlungen nötig, die Ende September stattfanden. In diesen neuerlichen Verhandlungen wurden weitere nicht unbeachtliche Zugeständnisse erzielt, die allerdings in drei Raten — und zwar jeweils am 1. der Monate Oktober, November und Dezember — in Kraft treten. Nach diesem letzten Abschluß stellt sich der Spitzenlohn für Arbeiter in den sechs Ortsklassen am 1. Dezember auf 5,20 Mk., 5,60 Mk., 6,05 Mk., 6,65 Mark, 7,05 Mk. und 7,55 Mk., während er sich für Berlin, das über die erste Lohnklasse hinausgehoben ist, auf 8,— Mk. stellt. Der Spitzenlohn für Arbeiterinnen beträgt in sechs Ortsklassen und in Berlin ab 1. Dezember 3,— Mk., 3,20 Mk., 3,45 Mk., 3,85 Mk., 4,— Mk., 4,20 Mk. und 4,65 Mk.

**Gegen den Lebensmittelwucher.** Der preußische Minister des Innern, Dominicus, hat am 23. September einen Erlaß an die Oberpräsidenten gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, auf die ihnen unterstehenden Polizeiorgane einzuwirken, daß diese dem Wucher mit Lebensmitteln aller Art ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden sollen. Es sollen „die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere der Lebensmittel, einer eingehenden und fortlaufenden Ueberwachung" unterzogen werden. Die Zulässigkeit der Preissteigerungen ist durch Prüfung der Ein- und Verkaufspreise fortlaufend zu prüfen. Es soll weiter auch festgestellt werden, ob bereits früher bezogene und billiger eingekaufte Waren zurückgehalten und jetzt zu überhöhten Preisen verkauft werden. Solchen Machenschaften soll unter allen Umständen nach Maßgabe der Verordnung gegen Preistreiberei entgegengetreten werden. Die Straßenpolizeibeamten sollen nötigenfalls durch besondere Unterweisung auf diesen Dienst eingestellt werden. Sie sollen auf den Aushang der Ladenpreise achten und in jedem Falle, wo nach ihrem Urteil Preiswucher vorliegt, Anzeige erstatten. Ebenso sollen sie ihnen zugehenden Mitteilungen und Beschwerden aus den Kreisen des kaufenden Publikums nachgehen.

Angesichts der gegenwärtigen geradezu wahnwitzigen Preistreiberei ist diese Verordnung ganz besonders am Platze. Das ergibt sich allein schon daraus, daß das genannte Ministerium aus Händler- und Produzentenkreisen geradezu bestürmt wird, die Verordnung zurückzuziehen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Aber wenn das Ministerium nicht doch noch in seiner bisherigen Haltung wankend werden soll, dann ist es notwendig, daß auch die Konsumenten sich rühren und durch Anzeige jedes einzelnen Falles von Preiswucher an die örtlichen Behörden den Beweis für die Notwendigkeit der Verordnung bzw. ihrer Aufrechterhaltung erbringen. Es ist vielleicht auch zu empfehlen, daß die Ortsausschüsse das einschlägige Material sammeln und dem genannten Ministerium einreichen. Zurzeit sind es besonders zwei Artikel für den Massenbedarf, die sich der besonderen Vorliebe aller Lebensmittelwucherer erfreuen: Kartoffeln und Zucker. Die Staatsanwaltschaft in Hannover ist letzthin gegen eine ganze Anzahl von Landwirten, die über einen Preis von 40 Mk. für den Zentner Kartoffeln erheblich hinausgegangen, strafrechtlich eingeschritten und hat ihre Verurteilung zu Gefängnisstrafen erzielt. Wenn sich überall solche Staatsanwälte fänden, so würde der Wucher wohl bald verschwinden. Betreffs des Zuckers sind derartige Fälle noch nicht bekannt geworden, obwohl auch hier ein Eingreifen dringend nottut. Die Zuckerzwangswirtschaft ist aufgehoben, die Zuckerwirtschaftsstelle, in der bisher die Verbraucher gar nicht vertreten sind, hat eine Art der Verteilung des Zuckers beschlossen, die den Wucher geradezu begünstigt. Die Folge ist denn auch, daß kein Zucker da ist — oder aber zu Preisen, die in keiner Weise gerechtfertigt sind. Der Zucker kostet zurzeit ab Magdeburg der Zentner 350 Mk. Danach brauchte der Zucker im Kleinhandel nicht mehr als 4,20 Mk. das Pfund zu kosten. In Wirklichkeit wird 6,50 und 7,— Mk. verlangt, wo solcher zu haben ist. „Natürlich" wird der Zucker zumeist als „Auslandszucker" angeboten. Das ist in 99 von 100 Fällen glatter Schwindel. Und jeder derartige Fall sollte rücksichtslos zur Anzeige gebracht werden. Es wäre erwünscht, von solchen Fällen auch dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Mitteilung zu machen. Ebenso in allen den Fällen, wo die örtlichen Polizeibehörden bei der Verfolgung von tatsächlichem Wucher versagen.

**Protest der Arbeitnehmer-Organisationen gegen die Teilung Oberschlesiens.** Die unterzeichneten Vorstände der Organisationen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten haben an den Völkerbundrat, Lloyd George und Briand folgendes Telegramm gerichtet:

Nach übereinstimmenden Aeußerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls das zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen schwersten Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen 40 Millionen deutscher Staatsangehöriger umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungdichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis, sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 13 des Friedenstraktats ergebenden Maßnahmen (Organisation der Arbeit) verzichten müßte. Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch Belassung Oberschlesiens bei Deutschland.

**Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.**
**Der Allgemeine Freie Angestelltenbund.**
**Der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.**
**Der Deutsche Beamtenbund.**

**Anton Hueber.** Unsere deutschösterreichischen Gewerkschaftsgenossen haben den 60. Geburtstag eines ihrer Besten gefeiert. Am 25. September 1861 wurde zu Pilsen Anton Hueber geboren. Er erlernte das Stockdrechslerhandwerk und trat schon mit jungen Jahren in der Arbeiterbewegung tätig hervor. Oesterreich hatte vor 30 Jahren eine ähnliche Zeit durchzumachen wie Deutschland während des Sozialistengesetzes. In Oesterreich versuchte der Graf Taaffe in der Niederhaltung der Arbeiterschaft seinem deutschen Kollegen Bismarck nachzuahmen. Sieben Jahre dauerte der Ausnahmezustand, den Taaffe über Wien und die Kreisgerichtssprengel Wiener-Neustadt und Korneuburg verhängt hatte, zu dem Zwecke, der Arbeiterbewegung den Garaus zu machen. Der Erfolg war derselbe wie in Deutschland: an der Geschlossenheit der Arbeiterschaft wurden alle Zwangsmaßnahmen zu schanden. Daran, daß dies geschehen konnte, hatte auch Anton Hueber seinen Anteil. Die österreichischen Gewerkschaften bewiesen ihm ihr Vertrauen, indem sie ihn vor 27 Jahren ins Sekretariat der Gewerkschaftskommission entsandten. Auch die österreichischen Gewerkschaften hatten damals schwer zu ringen, ebenso wie die deutschen und es war darum kein Wunder, daß der Genosse Hueber bei seinem Amtsantritt zu Anfang des Jahres 1895 in der Kasse der Gewerkschaftskommission ganze 18 Gulden vorfand. Genosse Hueber verzagte jedoch nicht, sondern nahm mit frischem Mute die Arbeit für die Gewerkschaften auf. Daß auch die deutschösterreichischen Gewerkschaften in so reichem Maße ihre Aufgaben erfüllen konnten, ist nicht zum mindesten Anton Huebers Werk. Aus diesem Grunde schließen sich auch die deutschen Gewerkschaften den Glückwünschen zu seinem 60. Geburtstage und den Wünschen für fernere Arbeitsfreudigkeit und Rüstigkeit von Herzen an.

**Sozialisierung heißt Verbilligung.** Ein Erholungsheim ist von der Stadt Berlin für ihre Arbeitnehmer in Alexisbad eröffnet worden. Das Heim ist die erste derartige kommunale Einrichtung. Es ist für 1½ Million erworben worden und bietet Platz für etwa 250 Betten. Eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt ist nicht beabsichtigt. Die Unterhaltung des Heims und die Verzinsung des Kaufgeldes sollen aus den Einnahmen bestritten werden. Dennoch soll der Pensionspreis bei guter Pflege pro Tag und Bett nur 17 Mk. betragen, was bei einer solchen Pflege in der Einzelprivatwirtschaft nicht möglich ist. Die Zersplitterung bedeutet Verteuerung und die Privatwirtschaft bedeutet Verdienen. So kommt es, daß so viele Proletarier von dem ihnen zustehenden Urlaub keinen rechten Gebrauch machen können, weil ihnen die Erholung zu teuer ist. Auch hier wird die Sozialisierung einmal die Befreierin sein. Durch die Sozialisierung des Erholungswesens wird auch dem schlichtesten Arbeiter einmal eine volle Ausnutzung seines Urlaubs möglich sein.

---

rung, Kräftigung des Herzens, darin unterstützt wird. In andern Fällen aber unterliegt er in dem Kampf mit den übermächtig gewordenen Eindringlingen, kann sich ihrer Giftwirkung nicht erwehren und stirbt. Zuweilen können wir das Heilserum auch verwenden, um die Entstehung neuer Krankheitsfälle zu verhüten, etwa neuer Diphtheriefälle in einer Familie; dann werden die andern Familienmitglieder zum Schutz mit einer geringeren Menge des Heilserums geimpft, die immerhin ausreicht, bei ihnen in den nächsten Wochen den Krankheitsausbruch zu verhindern. In großem Stile ist die prophylaktische Anwendung des Heilserums im Kriege bei der Bekämpfung des Wundstarrkrampfes zu Ehren gekommen. Die Starrkrampfbazillen finden sich häufig in der Gartenerde, im Schmutz der Ställe und anderer dunkler Orte und können daher leicht durch verunreinigte Fremdkörper (Granatsplitter, Kleidungsfetzen und dergl.) in den Körper gelangen und nun die scheußliche Starrkrampfinfektion hervorrufen, die fast immer zum Tode führt. Wenn man möglichst unmittelbar nach der Verwundung das Starrkrampf-Heilserum einspritzt, kann man fast immer den Ausbruch der Krankheit verhüten. Davon ist im Kriege ausgiebig Gebrauch gemacht worden und damit dem verstorbenen Behring, der diese Verhältnisse zuerst im Tierversuch studiert und die Wirksamkeit des Starrkrampfserums erprobt hat, ein neuer Ruhmeskranz geflochten worden.

Trotzdem seit der bakteriologischen Aera der medizinischen Wissenschaft immer neue Heilsera und Schutzimpfungen erfunden worden sind, zum Teil gute, zum Teil schlechte, nur der Ruhmessucht oder dem Geldbeutel dienende, können wir längst nicht alle Infektionskrankheiten auf diese Weise verhüten oder behandeln. Zahlreiche andere Wege müssen noch dazu dienen, die Gefahr, die der Volksgesundheit durch die ansteckenden Krankheiten droht, zu vermindern. Die Krankheitserreger selbst zu vernichten, sie im Körper des Menschen, in den sie einmal eingedrungen sind, zu töten, ist das Bestreben Ehrlichs gewesen, der durch seine chemotherapeutischen Versuche bahnbrechend gewirkt hat. Durch die Entdeckung des Salvarsans ist nicht nur die Syphilis, sondern sind auch andere Krankheiten des Menschen, wie Rückfallfieber und Framböse (eine in Indien verbreitete Krankheit), ferner Tierkrankheiten, wie die Brustseuche des Pferdes, heilbar geworden. Dieser Großtat der medizinischen Wissenschaft werden wir Dank zollen müssen, auch wenn sich die kühnsten Erwartungen des Entdeckers nicht erfüllt haben. Ein ähnlicher Weg wird schon seit vielen Jahren in der großzügigen Bekämpfung der Malaria beschritten, die in den südlichen Ländern von allen Infektionskrankheiten das größte hygienische Interesse beansprucht. Die Erreger des Wechselfiebers, die Malariaplasmodien, werden durch das aus der Chinarinde gewonnene Chinin noch bei sehr starker Verdünnung abgetötet. Darauf beruht die in allen Ländern der Erde eingeführte Heilbehandlung der Malaria mit Chinin. Leider besitzen wir solcher Heilmittel, die den Krankheitserreger töten, ohne dem Menschen zu schaden, nur sehr wenige.

Wirkungslos sind unsere Heilversuche bisher dem Flecktfieber gegenüber gewesen, jener akuten Infektionskrankheit, die durch den Krieg in einer Weise die östlichen und südöstlichen Länder Europas (Rußland, Rumänien, Serbien, Türkei) heimgesucht hat, wie man es seit langem nicht mehr konnte. In Deutschland war die Krankheit der jetzigen Aerztegeneration fast unbekannt. Das Flecktfieber, auch Flecktyphus oder Hungertyphus genannt, ist die Krankheit des menschlichen Elends. Wo Hungersnot und Unsauberkeit herrschen, breitet sich das Flecktfieber aus. Denn, wie die großen Erfahrungen des Weltkrieges gelehrt haben, wird die Krankheit ausschließlich durch Läuse übertragen. Wo keine Läuse vorhanden sind, da gibt es auch kein Flecktfieber; darum ist es in den Ländern mit höher entwickelter geistiger und hygienischer Kultur ausgestorben, während es in Rußland, auf dem Balkan, in Kleinasien, in Nordafrika, in Mexiko schon vor dem Kriege heimisch war.

(Fortsetzung folgt.)

**Proletarische Bildungsarbeit.** Immer noch ist die alte Ansicht festgewurzelt, daß der Mensch im kindlichen Alter am leichtesten Wissensstoff in sich aufnehme. Es ist aber erwiesen, daß nicht die Zeit zwischen dem 6. und 15. Lebensjahre die günstigste Zeit für die Aufnahme des Wissens ist, sondern das Alter von 16 bis 25 Jahren. Es ist die Pflicht jedes Proletariers, diese Lebensjahre auszunutzen und sich durch eigenes Studium das anzueignen, was ihm die Schule, das Leben, die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse vorenthielten.

**Beruf und Prostitution.** Das Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft Dr. Knack hat einen Bericht über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Hamburg bekannt gegeben, dem die Zeitschrift für soziale Hygiene einige statistische Angaben entnimmt. Der geheimen Prostitution gaben sich hin in Altona 836, davon krank 39 Proz., in Bremen 696, davon krank 42 Proz., in Essen 730, davon krank 34 Proz., in Mainz 92, davon krank 82 Proz., in München 2085, davon krank 20 Proz. Bei einer Uebersicht über die Infektionsquellen war der Beruf der sich geheim prostituierenden Frauen nach Block: Gewerbsmäßige Prostituierte 42 Proz., Verkäuferinnen (Konteristinnen, Schneiderinnen, Modistinnen usw.) 28 Proz., Kellnerinnen 17 Proz., Haustöchter 5 Proz., Dienstmädchen 4 Proz., Theaterdamen 5 Proz., Arbeiterinnen 2 Proz. Nach Lion und Loeb verteilen sich die Frauenberufe wie folgt: Gewerbsmäßige Prostitution 278, Kellnerinnen 130, Ladnerinnen, Modistinnen, Schneiderinnen 37, Dienstmädchen 60, Arbeiterinnen 20, Näherinnen, Wärterinnen 17, Künstlerinnen 7, Bürgertöchter 15. Was das Alter der in Hamburg kontrollierten Prostituierten anacht, so erstreckte sich dieses vom 18. bis zum 50. Jahre. Erfreulicherweise stellen die ersten in Betracht kommenden Jahre nur je 1 bis 3 Mädchen. Das Alter von 27 Jahren stellte die meisten, nämlich 32 Mädchen.

---

**Unterbringung schwerkriegsbeschädigter Buchdrucker.** Lediger Schwerkriegsbeschädigter (Wohnungsmangel) wird als Korrektor und Revisor (auch für französisch) nach Süd Baden gesucht. — Schwerkriegsbeschädigter, der auch im Korrekturenlesen bewandert ist, nach Leipzig gesucht. — Bewerbungen erbittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 239.

**Heimatlose Buchdrucker.** Ein aus Graudenz ausgewiesener 1. Drucker sucht Stellung als solcher oder einen Vertrauensposten. Ein ausgewiesener Maschinensetzer (10 Jahre an der Monotype, 2 Jahre an der Linotype beschäftigt) sucht Stellung. — Offene Stellen erbittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239.

---

## Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

**Bekanntmachung.**

Zufolge der ab 1. Oktober eingetretenen weiteren Lohnerhöhung hat das Tarifamt die ihm vom Tarifausschuß zur zuständigen Regelung überwiesene Entschädigung für Montagzeitungen abgeändert, und zwar wie folgt:

„Bei Montagzeitungen, das sind solche Zeitungen, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag hergestellt werden, ist bis zu drei Stunden Beschäftigungsdauer zu zahlen 45 Mk. (an Maschinensetzer 50 Mk.). Dazu kommt der Lokalzuschlag. In Berlin und Hamburg 2 Mk. mehr als an einem anderen Orte mit 25 Prozent Lokalzuschlag. Jede weitere Arbeitsstunde ist mit dem Stundenverdienst (Gesamtlohn), der Entschädigung aus § 7, Ziffern 1 oder 2 und der für regelmäßige Sonntagsarbeit im § 5, Ziffer 2 vorgesehenen Entschädigung zu berechnen.

Berlin, 13. Oktober 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Dr. G. Breithaupt, stellvertr. Prinzipalsvors. — Robert Braun, Gehilfenvorsitzender. — Paul Schliebs, Geschäftsführer.

## Eingegangene Druckschriften

**Die Erfassung der Goldwerte.** Der Wert der deutschen Mark ist gegenwärtig auf der internationalen Börse auf genau 4 Pf. gesunken. In Deutschland bedeutet das rasch fortschreitende Teuerung, unter der die weitesten Kreise des Volkes leiden. Die deutsche Valuta muß immer weiter sinken, solange wie jetzt das Deutsche Reich jede Woche ungeheure Mengen neuen Papiergeldes druckt und der Reichshaushalt einen jährlichen Fehlbetrag von 100 000 Millionen Mark aufweist. Wie ist dieser unheilvollen Entwicklung zu begegnen? Wo ist die Steuer, die den deutschen Etat wieder in Ordnung bringen kann? Es ist die Erfassung der Produktionsmittel, der Sachwerte, der sogenannten Goldwerte. Hier allein kann das Reich die Mittel holen, um die Reparationen zu bezahlen und das große Loch im Etat zu stopfen. Denn die Besitzer der Sachwerte sind noch allein enorm steuerkräftig.

Ein einfaches Beispiel zeigt das. Man denke sich zwei Leute, die im Jahre 1913 jeder 100 000 Mk. besaßen. Der eine kaufte sich dafür deutsche Reichsanleihe. Er hat inzwischen Vermögensabgabe bezahlt, und wenn er heute den Rest seiner Reichsanleihe verkauft, so erhält er etwa 50 000 Mk., die eine Kaufkraft haben wie etwa vor dem Krieg 4000 bis 5000 Mk. Sein Vermögen ist vollkommen entwertet, er ist nicht mehr weit vom Proletarier entfernt. Demgegenüber der andere Mann mit 100 000 Mark, der sich im Jahre 1913 für sein Geld ein Rittergut für 600 000 Mk. gekauft hat, wovon er 100 000 Mk. bar bezahlt hat und 500 000 Mk. Hypotheken schuldig blieb. Das Gut ist heute mindestens 5 Millionen Mark wert, und wenn er es verkauft und die Hypotheken abzahlt, bleiben ihm nach Abzug aller Steuern noch mindestens 4 Millionen Mark übrig. Dieser Besitzer eines Goldwertes ist das richtige Steuerobjekt.

Die Erfassung der Goldwerte steht deshalb für die Arbeiterschaft im Mittelpunkt der ganzen Finanzfrage, wie die Finanz- und Valutafrage selbst heute im Mittelpunkt des ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens steht. Die soeben in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienene Broschüre: „100 Milliarden neue Reichssteuern", wer soll zahlen? Arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten? (Preis 2,50 Mk.) erschließt das Verständnis dieses Problems und verdient deshalb weiteste Verbreitung.

**„Geschlechtliche Erziehung in der Familie."** Preis 2,— Mk. Von Dr. J. Marcuse. Neuauflage des Verlages Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

## Briefkasten

Düren: Die Anzeige kostet 1,— Mk.

## Anzeigen

Unserm Kollegen Adolf Herrmann und der Kollegin Frieda Pilz wünschen zur Vermählung viel Glück

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

---

Unserm Kassierer Carl Kirchner zu seiner Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Hamburg.

---

Unserer lieben Kollegin Liesel Lorenz, geb. Pilz und ihrem Gemahl Herrn Paul Lorenz zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Zittau.

---

Unserer lieben Kollegin Philippine Bickel nebst Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Darmstadt.

---

Unserer lieben Kollegin Greta Schröder zur Vermählung mit Herrn Wilh. Roselitt nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Mainz.

# Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom 1. Juli bis 30. September 1921.

| Einnahmen | | Mark | Pf. |
|---|---|---|---|
| An Eintrittsgeld 268 Marken à 1,00 Mk. | 268,— Mk. | | |
| „ „ 983 „ „ 2,00 „ | 1966,— „ | | |
| „ „ 948 „ „ 2,50 „ | 2370,— „ | | |
| „ „ 571 „ „ 3,00 „ | 1713 — | 6 317 | — |
| „ Beiträgen 15 308 „ à 1,00 Mk. | 15 308,— Mk. | | |
| „ „ 87 564 „ „ 2,00 „ | 175 128,— „ | | |
| „ „ 176 400 „ „ 2 50 „ | 441 000,— „ | | |
| „ „ 213 416 „ „ 3,00 „ | 640 248,— | 1 271 684 | — |
| „ 4176 Marken a 20 Pfg. für vorl. Abgemeldete | | 835 | 20 |
| „ sonstigen Einnahmen | | 20 206 | 85 |
| „ verrechneten Vorschüssen | | 18 916 | 83 |
| Summa | | 1 317 959 | 88 |

| Ausgaben | Mark | Pf. |
|---|---|---|
| Per Unterstützungen | 177 122 | 40 |
| „ Agitationskosten | 24 560 | 32 |
| „ Verwaltungskosten | 108 698 | 69 |
| „ Verbandszeitung | 105 156 | 90 |
| „ Literatur | 3 093 | 10 |
| „ Kranken-, Angestellten- und Invaliden-Versicherung | 12 907 | 59 |
| „ Gehälter und Entschädigungen | 255 349 | 60 |
| „ Konferenzen und Sitzungen | 15 012 | 10 |
| „ Lohn- und Tarifbewegungen | 23 685 | 65 |
| „ Druckkosten | 21 467 | — |
| „ Körperschaftsbeiträge | 11 153 | 05 |
| „ Portis und Diverses | 999 | 95 |
| „ Vorschüsse an die Zahlstellen | 27 224 | 13 |
| „ Denkstein Thiede | 2 000 | — |
| Summa | 788 430 | 48 |

**Heinrich Lodahl**, Verbandskassierer.

**Vorstehende Abrechnung ist auf ihre Uebereinstimmung mit den Büchern, Belegen und mit der Kasse geprüft und richtig befunden.**

Berlin, den 14. Oktober 1921.

**Die Revisionskommission:** Karl Mollenhauer. Klara Geitner. Karl Schabrod.

E. Pucher, 1. Vorsitzender.

In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September verrechneten die Zahlstellen die Einnahmen des zweiten Quartals an Beiträgen und Eintrittsgeldern in Höhe von 1 278 836,20 Mk. Dazu kommen die Beträge für Zinsen, Inserate, Verbandstagsprotokolle, Reichstarife und Zeitungsgelder mit 20 206,85 Mk. als direkte Einnahmen der Hauptkasse. Außerdem sind 18 916,83 Mk. Vorschüsse zurückgezahlt, so daß die Hauptkasse 1 317 959,88 Mk. vereinnahmte. Demgegenüber stehen 788 430,48 Mk. Ausgaben, so daß 529 529,40 Mk. erübrigt wurden. Die Einnahmen sind gegen das vorige Quartal um 177 443,21 Mk. und die Ausgaben um 224 877,94 Mk. höher geworden, so daß sich der Ueberschuß um 47 404,73 Mk. verringert hat.

Von den Unterstützungen entfallen auf Arbeitslose: 27 205,35 Mk., auf Kranke: 55 905,50 Mk., auf Streikende: 83 224,90 Mk., auf Gemaßregelte: 952,40 Mk., auf Rechtsschutz: 1385,35 Mk., auf Invaliden und sonstigen Unterstützungen: 8448,90 Mk., insgesamt: 177 122,40 Mk.

Für Agitation wurden in den Gauen und Zahlstellen 24 560,32 Mk. verausgabt. Die Verwaltungskosten erforderten an Prozenten der Zahlstellen 88 319,63 Mark. Unkosten in den Zahlstellen 4294,45 Mk., im Verbandsvorstand für Mieten, Reinigung, Fernsprecher, Büromaterial und dergl. 16 084,61 Mk., zusammen: 108 698,69 Mk.

Die „Solidarität" erforderte an Druckkosten 79 888,20 Mk., Expedition und Porto 18 193,05 Mk., Redaktion 5250,— Mk., Zeitungen und Zeitschriften 406,60 Mark, Mitarbeit 544,05 Mk. und Sonstiges 875,— Mk., zusammen 105 156,90 Mk.

Für Tageszeitungen sind 105,— Mk., für Zeitschriften (Gewerkschaftliche Frauenzeitung, Betriebsräte-zeitung, Graphischer Bund usw.) 2737,60 Mk. und für Broschüren 250,50 Mk., zusammen 3093,10 Mk. für Literatur ausgegeben.

Von den Versicherungskosten kommen 8599,69 Mk. auf die Zahlstellen, auf den Verbandsvorstand: 673,80 Mark für Angestellten-Versicherung, 729,10 Mk. für Krankenversicherung und 2905,— Mk. für die Unterstützungsvereinigung.

Die Gehälter im Verbandsvorstand betrugen 34 100,— Mk. und in den Zahlstellen 206 292,10 Mk., wozu noch 14 957,50 Mk. Entschädigungen kommen.

Die Lohn- und Tarifbewegungen erforderten 23 685,65 Mk., daran sind der Buch- und Steindruck mit 10 893,95 Mk. und die Schriftgießereiarbeiter mit 12 791,70 Mk. beteiligt.

An Druckkosten sind für Verbandstagsprotokolle 9958,— Mk., für Formulare 9355,50 Mk., für statistisches Material 953,50 Mk. und für Quittungsmarken 1200,- Mark ausgegeben, insgesamt 21 467,— Mk.

Die Beiträge an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund betrugen 6913,05 Mk., an die Zentralkommission der Schriftgießer 4000,— Mk. und an die Reichs-Arbeitsgemeinschaft 240,— Mk., zusammen 11 153,05 Mk.

Ferner hatten wir Postporto im Betrage von 999,95 Mark, 2000,— Mk. Teilzahlung auf Denkstein Paula Thiede und 27 224,13 Mk. verbleiben als Vorschüsse in den Zahlstellen.

Unsere Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 14 623 männliche und 26 782 weibliche, zusammen 41 405 Mitglieder. Eingetreten sind 1144 männliche, 2814 weibliche, zusammen 3958 Mitglieder. Es schieden aus 906 männliche und 3367 weibliche, zusammen 4273 Mitglieder. Von den Mitgliedern meldeten sich 2249 während 7903 Wochen arbeitslos, darunter 671 männliche mit 3305 Wochen und 1578 weibliche mit 4598 Wochen. Krank waren 5967 Mitglieder während 27 169 Wochen, davon männliche 1387 mit 5373 Wochen und 4589 weibliche mit 21 796 Wochen.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: K. Schulze, Berlin NO. 18, Elbingerstraße 18 III. Telephon: Amt Königstadt, Nr. 3882.
Druck: Georg Eichler, Berlin SO. 16, Schmidstraße 24/25. Telephon: Amt Moritzplatz, Nr. 4045.